Schleswig-Holstein

Weitere Zusammenarbeit mit dem Bund

[17.11.2026] Bundesdigitalminister Karsten Wildberger und Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Dirk Schrödter wollen die Modernisierung der Verwaltung gemeinsam vorantreiben. Im Mittelpunkt stehen der Datenaustausch zwischen Behörden, digitale Verwaltungsleistungen und der Einsatz von Open-Source-Software. Eine neue Verwaltungsvereinbarung soll die Zusammenarbeit stärken.

Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wollen der Bund und Schleswig-Holstein künftig enger zusammenarbeiten. Anlässlich des ersten offiziellen Besuchs von Bundesdigitalminister Karsten Wildberger in Kiel am 16. November 2026 beraten Vertreter von Bund, Land, Kommunen und Digitalwirtschaft über gemeinsame Lösungen für eine moderne Verwaltung. Wie die schleswig-holsteinische Landesregierung mitteilt, soll eine Verwaltungsvereinbarung die Grundlage dafür schaffen, digitale Angebote schneller bundesweit verfügbar zu machen und bestehende IT-Lösungen gemeinsam weiterzuentwickeln.

Umsetzung des Once-Only-Prinzips

Im Mittelpunkt stehen der Aufbau leistungsfähiger Dateninfrastrukturen, die Modernisierung behördlicher Register und die Umsetzung des Once-Only-Prinzips. Bürger und Unternehmen sollen Informationen und Nachweise, die der Verwaltung bereits vorliegen, künftig möglichst nicht mehrfach einreichen müssen. „Die Digitalisierung der Verwaltung soll im Alltag der Menschen und Unternehmen ankommen“, erklärte Wildberger. Dafür müssten vorhandene Lösungen wie das Nationale Once-Only-Technical-System (NOOTS) gemeinsam genutzt und digitale Verwaltungsleistungen flächendeckend angeboten werden. Schleswig-Holstein bringe dabei wertvolle Erfahrungen ein.

Ein Schwerpunkt des Besuchs ist die offene Online-Registerplattform, die beim IT-Dienstleister adesso in Kiel vorgestellt wurde. Die in Schleswig-Holstein entwickelte Lösung soll den Aufbau und die Modernisierung behördlicher Register erleichtern. Sie ist so konzipiert, dass auch andere Bundesländer, Kommunen und der Bund sie nutzen und weiterentwickeln können.

Zusammen mit der Datenaustauschplattform X-Road und NOOTS soll die Registerplattform die technischen Voraussetzungen schaffen, um bereits vorhandene Informationen zwischen Behörden sicher auszutauschen. Damit soll das Once-Only-Prinzip schrittweise in der Verwaltungspraxis umgesetzt werden.

Digitale Unternehmensgründung und kommunale Lösungen

Im Wissenschaftszentrum Kiel wurden weitere Digitalisierungsprojekte vorgestellt, die aus der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft entstanden sind. Dazu gehört die Plattform „startuphafen.sh“, die das Unternehmen PCT digital gemeinsam mit dem Amt Eiderstedt und der IHK Flensburg entwickelt hat. Sie soll Unternehmensgründungen vereinfachen und beschleunigen. Dabei werden auch mögliche Verbindungen zur Bundesinitiative „Gründen in 24 Stunden“ diskutiert.

Weitere Praxisbeispiele kommen aus den Kommunen. Die Stadt Flensburg präsentierte eine digitale Anwendung für die Frühen Hilfen, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Trägern erleichtern soll. Das Amt Föhr-Amrum und Netcompany stellten eine Lösung zur digitalen Erhebung der Kurtaxe vor. Beim Projekt „IDA × OZG-Cloud“ geht es darum, Verwaltungsanträge unmittelbar aus betrieblichen Abläufen heraus zu ermöglichen und an die Fachverfahren der Behörden anzubinden. Das Landesprogramm „Offene Innovation“ unterstützt die gemeinsame Entwicklung solcher Lösungen durch Verwaltung und Wirtschaft.

Open Source soll digitale Souveränität stärken

Ein weiterer Schwerpunkt ist die digitale Unabhängigkeit der öffentlichen Verwaltung. Schleswig-Holstein setzt bei der Modernisierung seiner IT zunehmend auf offene Software und gemeinsame Standards. Damit sollen Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern reduziert und zugleich Entwicklungsmöglichkeiten für die heimische Digitalwirtschaft geschaffen werden. Als Beispiele gelten die Unternehmen Univention und Viakom. Das Flensburger Unternehmen Viakom wurde mit der Bereitstellung einer neuen Open-Source-Kommunikationslösung für die Telefonie der Landesverwaltung beauftragt.

„Wir wollen, dass Daten fließen und nicht die Menschen mit Formularen zu den Ämtern laufen müssen“, erklärte Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Dirk Schrödter. Das Land setze deshalb auf konsequent digitale Prozesse, offene Software und gemeinsam nutzbare Lösungen. Mit öffentlichen Mitteln entwickelte Anwendungen sollten möglichst vielen Verwaltungen zugutekommen.

Verwaltungsvereinbarung für bundesweite Nachnutzung

Im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettssitzung berieten Wildberger und die schleswig-holsteinische Landesregierung über weitere Vorhaben zur Verwaltungsmodernisierung. Anschließend ist die Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung vorgesehen. Die Vereinbarung soll insbesondere die Zusammenarbeit bei Dateninfrastrukturen, der Registermodernisierung und dem sicheren Datenaustausch stärken. Ein weiteres Ziel ist die beschleunigte bundesweite Bereitstellung elektronischer Verwaltungsleistungen.

Schleswig-Holstein will seine Erfahrungen bei der Entwicklung und Einführung digitaler Lösungen einbringen und damit deren Übertragung auf andere Länder und Kommunen unterstützen. Ministerpräsident Daniel Günther betonte, Schleswig-Holstein wolle gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass erfolgreiche digitale Lösungen auch andernorts eingesetzt werden können. Entscheidend sei, dass Bürger und Unternehmen Verwaltungsleistungen schnell und unkompliziert nutzen könnten.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS), Schleswig-Holstein